

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 22

Vorwort: Editorial
Autor: P.F.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Wenn Europa und Nordamerika ihre Ressourcen zerstört haben, ist dies noch kein Grund, dass wir in unseren Ländern das selbe tun. Unsere Völker existieren seit Urzeiten und leisten seit dem traurigen Datum von 1492 einen Widerstand... Unsere Entwicklung ist das Land und die Anerkennung unserer Selbstbestimmung, so dass wir auf autonome Weise unseren Beschäftigungen nachgehen können. Die Befriedigung unserer eigenen Bedürfnisse ist der Schlüssel zur Autonomie. Dann erst kann der Markt eine Rolle spielen.

An die Internationale Gemeinschaft.
Koordination der Indianischen Organisationen (COICA). Die Zukunft Amerikas.
Peru 1989

Stand für die Weltbank 1990 die Armutsbekämpfung noch im Vordergrund, so betitelt sie ihren diesjährigen Weltentwicklungsbericht "Die Herausforderung der Entwicklung". Diese "Standortbestimmung" liest sich wie eine Kriegserklärung an die Drittweltländer: Sie diktiert nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Plan- und Kommandowirtschaften nicht nur in den osteuropäischen Ländern Bedingungen und Strategien eines entfesselten Weltkapitalismus, der den Krieg um Ressourcen und Weltmarktanteile verschärft.

In diesem Bericht ist nicht mehr von Entwicklung, sondern von der schrankenlosen Liberalisierung der Handels- und Kapitalströme, von der weltweiten Deregulierung der Finanzmärkte die Rede, was der diesjährige Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) beispielsweise nicht mehr für verantwortlich hält. Umso optimistischer gestalten sich die "marktfreundlichen Strategien für die Dritte Welt" (NZZ) aus der neoliberalen Sicht in den Metropolen der Industriestaaten, die sich der fundamentalen Krise ihres Zivilisationsmodells nicht bewusst werden. Diese von den internationalen Finanzinstitutionen und ihrer Presse lancierte "entwicklungspolitische Neuorientierung", unmissverständlich dokumentiert etwa in der NZZ "Nachhaltiger Klimawechsel für die Dritte Welt" (9.11.91), steuert einen aggressiven, für die Problemlagen der Dritten und Ersten Welt extrem verhängnisvollen Konfliktkurs. – Das vorliegende Heft "Neo-Kolonialismus" setzt unter anderem die Diskussionen des Widerspruch-Sonderbands 2 "Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital" (2. Aufl. 1989) fort.

*

Der Befreiungstheologe und Historiker *Enrique Dussel* geht einleitend in seinem Beitrag den tatsächlichen Motivationen der "Conquista" nach. Er skizziert die Akteure, interpretiert die Beweggründe und erschliesst die Geschichte der kolonialistischen Gewalt aus der Sicht der Indios. Was für sie und

die Negersklaven eine Invasion im Auftrag der spanischen Krone war, stand in vollster Übereinstimmung mit dem "Ideal der Christenheit". Es sind die traumatischen Erinnerungen an die Barbarei im Namen des Kreuzes, die in der gegenwärtigen, von Rom in Millionenhöhe finanzierten neuen "Evangelisierung der Welt" verdrängt werden.

Kontinuitäten und Modifikationen neokolonialer Ausbeutungsverhältnisse sowie deren ökonomische Strukturen und Legitimationsideologien diskutieren *Gerhard Hauck*, *Reinhart Kössler* und *Henning Melber*. Im Zeichen von Fortschritt und Entwicklung, Marktrationalität und Modernisierung weist die gewaltsame Expansion des kapitalistischen Weltsystems nach Afrika eine erschütternde Bilanz auf; ebenso sind das realsozialistische Entwicklungskonzept der "nachholenden Industrialisierung" und die sowjetische Nationalitätenpolitik gescheitert. Für die Autoren steht heute die Ausformulierung von durchsetzbaren und tragfähigen Bürger- und Menschenrechten im Vordergrund, aber auch eine Neubestimmung der internationalen Solidaritätsarbeit.

Nach der gravierenden Instrumentalisierung des internationalen Rechts durch die Interessenpolitik der Grossmächte und angesichts des Auseinanderbrechens einiger Vielvölkerstaaten gewinnen nach *Christian P. Scherrer* die neueren Bestrebungen zum Schutze der Minderheiten im Auftrag der UNO-Menschenrechtskommission erheblich an Bedeutung. Die Ausarbeitung einer "Allgemeinen Erklärung der Rechte Indigener Völker" kreist zentral um das "Selbstbestimmungsrecht" der "Ethnien", der "Nationen" und der staatenlosen "Gesellschaften", die im Völkerrecht ausgeklammert und deren Bevölkerungsgruppen folglich ungeschützt sind, mit anderen Worten: dem Genozid immer wieder ausgeliefert.

Erneut in Gang gekommen ist der Grundsatzstreit über den Begriff "Entwicklung", über dessen konzeptionelle Verfassung und strategische Ausrichtung in Anbetracht der bellizistischen "Zivilisierung" der Konflikte internationaler Politik. *Guido Hirsch*, der in seinen Überlegungen zur Weltgesellschaft, zum transnationalen Kapitalismus und Entropie-Kolonialismus an den Beitrag 'Die Krise der neokolonialen Weltordnung' (s. Heft 21) anknüpft, schlägt vor, bei allem Strukturwandel der Weltgesellschaft von unten an der "endogenen Entwicklung" und der Verteilungsgerechtigkeit festzuhalten; beide sind im Prinzip der neoimperialistischen "Pax Mercatoria" und deren dienstleistenden Institutionen entgegengesetzt. Die zweite Dekolonisierung wird, wenn der laufenden Zerstörung der Weltgesellschaft wirklich gegengearbeitet werden soll, mit "endogener Entwicklung" weltweit auch das "Recht auf Langsamkeit" als ein entscheidendes Menschenrecht erkämpfen müssen.

Und dass es um grundlegende Neuformulierungen des Entwicklungsmodells zur "Rettung der Zukunft" notgedrungen gehen muss, wird deutlich in *Christian Radtke's* Überblick über die internationale Öko-Debatte "Umwelt und Entwicklung" vor der UN-Konferenz (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro/Brasilien. Nachdem in den 80er Jahren sämtliche Vorschläge seitens der Bewegung der blockfreien Drittweltländer für eine "Neue Internationale Wirtschaftsordnung" und eine "Neue Internationale Informationsordnung" von

den führenden Industrienationen entschieden abgelehnt wurden, ist seines Erachtens mit einem Durchbruch für alternative Programme in der Umweltpolitik nicht mehr zu rechnen. Auch der neuste Bericht vom Club of Rome 'Die globale Revolution' (1991) ist in seinen "Weltlösungsstrategien" von einem Paradigmenwechsel in der Umwelt- und Entwicklungspolitik im Rahmen der "internationalen Weltwirtschaft" weit entfernt. Demgegenüber, so resümiert *Erika Märke*, gerät die Entwicklungspolitik der nichtstaatlichen Organisationen und der sozialen Bewegungen durch den ökonomischen Druck dieses Weltwirtschaftssystems zusehends zum Krisenmanagement, indem sie zur Aufrechterhaltung der minimalen sozialen Infrastrukturen gezwungen ist. Das theoretische Weiterdenken stagniert. Nichtsdestoweniger sieht Märke die wichtigen Impulse für eine entwicklungsethische Diskussion in den ökofeministischen Ansätzen, die sie in einigen Fragen vorstellt.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die Kritik am Export des westlich-industriellen Entwicklungsmodells, am Technologietransfer ohne Rücksicht auf einheimische Bedürfnisse und lokale Ressourcen ist die empirische Bestandesaufnahme, die solidarische Forschungspraxis in den Drittweltländern. Der Kampf der Gikuyu-Frauen in Kenia, so die aufschlussreichen Notizen von *Corinne Wacker*, um die Rückgewinnung ihrer Landrechte wird durch das nachkoloniale "moderne Recht" massiv eingeschränkt und durch unerschwingliche Bodenpreise verunmöglicht: Landdegradation und Zusammenbruch der Selbstversorgung führen zu Hunger, Unterernährung und sozialem Elend, zu Lasten der Kinder und hauptsächlich der Frauen, die in Afrika zu 80 Prozent die Ernährungssicherung leisten.

Ein anderes Beispiel, Eritrea, steht für den siegreichen antikolonialen Befreiungskampf, in dem das self-reliance-Konzept als politisches, ökonomisches und militärisches Prinzip der sozialen Revolution zugrundelag und das, so berichten *Toni Locher* und *Hans Furrer* in ihrem Beitrag, nach Massgabe der zukünftigen Aufgaben weiterentwickelt werden soll. Die Erfahrungen in Eritrea als eine Alternative zu den umweltzerstörenden und kulturvernichtenden Strukturanpassungs-Programmen von IWF und Weltbank? Dass jedenfalls seitens der Drittweltländer alternative Entwicklungsstrategien wieder vorgelegt wurden, dokumentiert unter anderem die *Erklärung von Dares-Salaam*. Im Gegensatz zu den fatalen Verlockungen der profitorientierten Zivilisationsmaschinerie erfordert diese alternative Strategie, wie es in der Erklärung heisst, eine "Dekolonisierung des Denkens" im Süden und im Norden.

Afrika im Umbruch – und im demokratischen Aufbruch? Für *Al Imfeld* ist die Zeit gekommen, über die Négritude nachzudenken. Zu den Begründern dieser Literatur- und Entkolonialisierungsbewegung zählt Leopold S. Senghor, dessen Buch 'Mein Bekenntnis' im Herbst 1991 erschienen ist. Was den Demokratisierungsprozess in Afrika angeht, ist *Christian Neugebauer* skeptischer gestimmt. Die seit 1980 sich neu formierende "Rekolonialisierung" (Y. Bangura) blockiert allerdings die erwartete "Dekolonisierung des Denkens". Mit dem Golfkrieg und seiner erschreckend breiten Akzeptanz in den USA und in Europa hat sich der Neorassismus als Kriegsideologie durchgesetzt; dieser Rassismus, so Neugebauer, zehrt auch von mythischen

Bildern Afrikas, welche in der Ethnophilosophie und in der Ethnologie nach wie vor wirksam sind.

Der Aufruf zum Referendum '*Nein zur IWF-Hungerpolitik – Ja zu einer solidarischen Schweiz*' gegen einen Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe hat die Sozialdemokratische Partei (SPS), den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und die Arbeitsgemeinschaft der vier grossen Hilfswerke gespalten. Und mehr noch: Wortführende Vetreter dieser Organisationen haben begonnen, öffentlich das Referendum der entwicklungspolitischen und Solidaritäts-Bewegung in der Schweiz zu bekämpfen – dies in krassem Widerspruch zum eigenen Solidaritätsanspruch ihrer Programme und Leitbilder. Unbeirrt und festgefahren auf dem technokratischen Kurs des Euroreformismus, der unter anderem die katastrophalen Auswirkungen der EG-Aussenpolitik in Drittweltländern unterschlägt, wird von ihnen nun für "verantwortungsvolle Lobbyarbeit" innerhalb der Bretton-Woods-Institutionen geworben.

Über die bekannten Argumente hinaus, die gegen einen Beitritt der Schweiz zum IWF und zur Weltbank sprechen, erörtert *Urs Hänsenberger* zusätzliche Aspekte des Sonderfalls "Fluchtgeld- und Geldwasch-Drehscheibe Schweiz". Er entlarvt den liberalistischen Diskurs einer "Weltoffenheit", der den Bankier und den Hilfswerkfunktionär in ihrer Rede kaum mehr unterscheidbar macht. Die eher verblüffenden Voten der IWF- und Weltbank-Kritikerin Susan George gegen ein Referendum haben *Res Strehle* veranlasst, die Argumentationsmuster des IWF-Reformismus unter die Lupe zu nehmen. Fixiert auf einer moralisierenden Kritik an der Weltbank, wird die Ökonomie der Hungerpolitik ausgeblendet; unbeschwerter lässt sich dann unter anderem die Illusion hegen, ein Beitritt der Schweiz könnte die Kleinstaaten "als Gegengewicht zu den USA" stärken. Dass die Schweizer Banken und Konzerne auch ohne formelle Mitgliedschaft ihre Profite zu sichern verstehen, zeigt *Carlo Knöpfel* anhand einer Studie von Roland Herzog, der die bilaterale Zahlungsbilanz zwischen Schweiz und Kolumbien nachgezeichnet hat.

Eine unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfswerke weit verbreitete Mutlosigkeit, ja Resignation ist es, worauf *Maja Wicki* mit ihrem Beitrag "Furchtlos gegenwärtig sein" antwortet. In Zeiten permanenter Ausnahmezustände und Rechtlosigkeit für die immer grösser werdenden Massen von Besitzlosen, Unterdrückten und Flüchtenden sollte sich ihres Erachtens die praktische Solidarität prinzipiell von moralischer Vernunft leiten lassen, nicht vom Machtkalkül der politischen Vernunft.

Bemerkenswert von Unternehmerseite waren 1991 ihre Angriffe auf Gesamtarbeitsverträge. Untermauert wurden diese durch "ordnungspolitische" Programmschriften von prominenten Konzernführer und innovationsfreudigen Ökonomieprofessoren, mit deren neoliberalen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik sich *Hans Schäppi* auseinandersetzt.

In einem ausführlichen Rezensionsteil werden vorwiegend Bücher vorgestellt, die auf den weiteren Kontext des Themenschwerpunkts in diesem Heft verweisen.

P.F.